

## Massenflucht aus Unruhregion in Indien

Neu Delhi. Tagelange blutige Unruhen im Nordosten Indiens haben Zehntausende Menschen in die Flucht getrieben. Bei den jüngsten Kämpfen zwischen muslimischen Einwanderern aus Bangladesch und Angehörigen der Volksgruppe der Bodo sind im Bundesstaat Assam mindestens 19 Menschen getötet worden, wie die Polizei am Montag mitteilte. Die Lage sei extrem angespannt, mehr Einsatzkräfte würden in die betroffenen Gebiete gebracht, hieß es. Offiziellen Schätzungen zufolge haben etwa 50 000 Menschen ihre Häuser verlassen. (dpa)

INTERNATIONAL

Seite 8

## Europa League im Fußball: Differdingen gefordert

Gand. Nachdem sich F91 Düdelingen am Dienstag den Einzug in die dritte Qualifikationsrunde zur Champions League gesichert hat, will Differdingen am heutigen Abend in der Europa League nachziehen. Gegen La Gantoise stehen die Schützlinge von Trainer Michel Leflochmoan allerdings vor einer schweren Aufgabe. Denn das Hinspiel gegen die Belgier verlief Differdingen vor Wochenfrist vor heimischer Kulisse mit 0:1. „Das Ziel bleibt für uns die Qualifikation für die dritte Runde“, gibt Leflochmoan die Marschroute vor. (LW)

SPORT

Seite 21

## BIL bekam keine Staatshilfen

Brüssel/Luxemburg. Die „Banque internationale à Luxembourg“ hat beim Verkauf keine Staatshilfen bekommen. Diese Einschätzung teilte die EU-Kommission am Mittwoch in Brüssel mit. Konkret ging es um den Verkauf des Retail- und des Privatkundengeschäfts: 90 Prozent gehen an einen privaten Investor aus dem Emirat Katar, die übrigen 10 Prozent soll der Luxemburger Staat übernehmen. Der Kauf sei nicht als Beihilfe zu bewerten, stellte die Behörde fest. Der Kaufpreis von 730 Mio. Euro entspreche dem Marktwert. (dpa)

WIRTSCHAFT

Seite 29

## Paul Wurth et SMS group excellent leur alliance

Luxemburg. La société d'ingénierie Paul Wurth et le groupe de génie mécanique allemand SMS ont officialisé hier leur «partenariat stratégique». L'entreprise allemande entre dans le capital de l'entreprise luxembourgeoise à hauteur de 59,1 % en acquérant les parts détenues par Arcelor-Mittal (48,1 %) et la société d'investissement Luxpart (11 %). 40,8 % des parts restent détenus par les actionnaires luxembourgeois contrôlés par l'Etat (participation directe: 11 %, SNCI: 18,8 % et BCEE: 11 %). Pour SMS group, Paul Wurth était le partenaire idéal. (ndp)

WIRTSCHAFT

Seite 39

VON WOLF VON LEIPZIG

## Zweieinhalb Jahre nach Ausbruch der Euroschuldenkrise spitzt sich die Lage in der Eurozone zu. Der Alte Kontinent sucht noch immer nach Wegen, die bisher größte Bewährungsprobe in der Geschichte der Einigung Europas zu bestehen.

Unlängst debattierte eine Gruppe von Europaexperten auf Einladung des Wirtschafts-Nobelpreisträgers Robert Mundell und des Luxemburger Instituts für Europäische und Internationale Studien in Santa Colomba bei Siena über Ursachen der Euroschuldenkrise und über mögliche Auswege daraus.

### Ursachenforschung

Die Ursachen für die gegenwärtige Krise werden durchaus unterschiedlich gesehen: Die eine Gruppe sieht den Kardinalfehler im fortgehenden Verstoß gegen die Spielregeln der Währungsunion – angefangen bei der Aufnahme (aus übergeordneten politischen Erwägungen) von Griechenland und Italien, welche die Maastricht-Kriterien von Anfang an nicht erfüllten. Die andere Gruppe sieht die Gründe vielmehr in einer Art Strickfehler der Eurozone (z. B. in exzessiven Leistungsbilanzüberschüssen von starken Euro-Staaten wie Deutschland) und/oder einem Versagen beim Krisenmanagement. So vertrat Heiner Fassebeck von der UN-Handels- und Entwicklungsbehörde Unctad die These, nicht der Grad der Verschuldung eines Landes sei entscheidend für die finanzielle Solidität eines Landes, sondern die (außen-)wirtschaftliche „Gesamtaufstellung“.

Der Maastricht-Vertrag allein habe sich als ungenügend erwiesen, um die Währungsunion funktionieren zu lassen, stellte Luuk van Middelaar aus dem Kabinett von Herman van Rompuy lapidar fest.

Einig wussten sich die Teilnehmer darin, dass das bisherige Krisenmanagement („Durchwurschteln“) völlig unzureichend ist. Dimitri Sotiropoulos von der Universität Athen betonte, man könne künftig nicht mit einer bloß locke-

ren, schrittweisen Zusammenarbeit fortfahren. Europa müsse Fragen wie Legitimität, Werte sowie die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit anpacken.

Die frühere slowakische Regierungschefin Iveta Radicova stellte fest: 1. Grundlage für eine Währungsunion sei Vertrauen auf nationaler und europäischer Ebene; 2. es gebe jedoch weiterhin keine europäische Identität; 3. die Wirtschaft Europas basiere unverändert auf Kaufkraft, doch 4. könnten sich die 17 Eurostaaten jedoch nicht auf eine gemeinsame Politik einigen.

Was für Regeln braucht aber die Eurozone, um zu funktionieren – und wie setzt man sie durch?

Je nachdem, ob man die Ursachen der Krise eher auf wirtschaftlicher oder politischer Ebene verortet, fallen die Antworten darauf höchst unterschiedlich aus. Dabei kommt der klassische Gegensatz zwischen Föderalisten und Konföderalisten zum Tragen.

### Auswege aus der Krise

Thomas Klau von der Denkfabrik „European Council on Foreign Relations“ hob hervor, dass die Definition der europäischen Einigung durch den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg als eine politische Mischform „sui generis“ sich in der Vergangenheit als „extrem hilfreiche“ erwiesen habe, weil mit dieser Kompromissformel sowohl Föderalisten als auch Konföderalisten leben können.

Klau machte sich für einen föderalen Ansatz stark: Ein Mehr an Regeln und Sanktionen (wie es das sogenannte Sixpack zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes enthält, das im vergangenen Dezember in Kraft trat) werde allein nicht genügen. Der Euro verbinde seine Mitgliedstaaten miteinander auf eine Weise, wie es in keinem anderen Feld der Integration der Fall sei. Er plädierte daher dafür, mehr Kompetenzen nach Brüssel zu übertragen. In diesem Zusammenhang verwies Klau auf einen Verstoß von Wolfgang Schäuble. In seiner Dankesrede zur Verleihung des Karlspreises zu Aachen im Mai dieses Jahres habe der deutsche Finanzmi-

Siena. Der kanadische Volkswirtschaftler und Wirtschafts-Nobelpreisträger von 1999, Robert Mundell, hat unlängst in Siena (siehe Artikel oben) in einem Arbeitspapier mit dem ambitionierten Titel: „Make Europe Work“ Vorschläge zur Überwindung der Euroschuldenkrise vorgestellt.

Mundell, der als Verfasser der Standardabhandlung zum Thema Währungsunion („A Theory of Optimum Currency Areas“, 1961) als einer der geistigen Väter der Euros gilt, stellt fest, dass viele Eurostaaten auf dem Weg zur Zahlungsunfähigkeit waren, noch ehe der Euro aus der Taufe gehoben wurde. Sein Ausgangsgedanke ist eine zentrale Kontrolle der nationalen Haus-

halte der Eurostaaten durch einen Euro-Finanzminister, eventuell mit dem Recht, Steuern zu erheben.

Anders als etwa in den USA, mache das gemeinsame Budget in der EU jedoch höchstens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. So stelle sich die Frage, ob große Budgetbereiche wie die Sozialleistungen und die Verteidigungsausgaben einer zentralen EU-Autorität unterstellt werden sollten. Doch dafür hält Mundell Europa noch nicht reif genug. In der gegenwärtigen Euroschuldenkrise mache ein EU-Finanzminister nur Sinn, wenn er die Haushalte der Eurostaaten mit überwache und ihm eine Aufpasserrolle mit Vetorecht zukäme. Die sei eine „delikate politische Frage“, weil sie

Zweieinhalb Jahre nach Ausbruch der

# Scheitert Europa am Euro? –

Europa-Experten zu den Ursachen der Verwerfungen und



Die Gemeinschaftswährung hat infolge der Euroschuldenkrise an Leuchtkraft verloren:

nister nicht nur für eine Einbettung des Fiskalpaktes in die EU-Verträge, sondern für eine tiefer gehende Vertragsänderung binnen fünf Jahren plädiert, die auf eine dynamische und weitreichende Politisierung der Regierung der Eurozone hinauslaufen könne.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen einem „aufdringlichen/eingreifenden Föderalismus“ (intrusive federalism), und einem „Notfall-Föderalismus“ (emergency federalism) in den Worten des früheren Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, bei dem die zentrale Autorität nur eingreift,

um gefährliches Fehlverhalten zu korrigieren. Den konföderalen Standpunkt vertrat dagegen Luuk van Middelaar. Er verwies auf das Thesenpapier von Eurogruppe-Chef Jean-Claude Juncker, EU-Ratspräsident Herman van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EZB-Präsident Mario Draghi, die darin u. a. fordern, die demokratische Legitimität und Rechenschaftspflicht in der Eurozone zu stärken. Bis zum Jahresende sollen die vier „Präsidenten“ präzise Reformvorschläge vorlegen.

Wie Jan Zieonka von der Universität Oxford festhielt, gibt es neben

## Wirtschafts-Nobelpreisträger Robert Mundell will Europa

Vorschläge des Vaters der Theorie über optimale Währungsgebiete für eine



Mundell warnt: Ein Scheitern des Euros könnte auch das Ende eines vereinten Europas einläuten. (FOTO: GUY WOLFF)

den Kern nationaler Souveränität berühre, so Mundell.

Die Eurozone müsse aber eine Lösung dafür finden, dass die Ausgabendisziplin in den Einzelstaaten gewahrt werde. Weder Schuldenkonsolidierung noch Eurobonds könnten helfen, so lange nicht geklärt sei, wer die Defizite von finanzschwachen Eurostaaten überwache. Der Kanadier sieht zwei Optionen: entweder die Finanz- und Schuldenautonomie der Einzelstaaten wiederherstellen und zugleich eine kollektive Schuldenhaftung strikt ausschließen; oder eine starke Zentralgewalt in Europa, der die nationalen Haushalte überwacht.

Vor zehn Jahren, so Mundell, hätte er mit Blick auf das Subsidiari-



Euroschuldenkrise

# Wege aus der Misere

wie sie überwunden werden können



das Euro-Symbol nahe der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. (FOTO: AP)

schrittweisen institutionellen Arrangements auch als dritte Möglichkeit – die Flucht nach vorn („Jump into the unknown“) in eine politische Union. Der Politologe ist jedoch der Überzeugung, dass die EU ohne eine hinreichende politische Legitimität nicht aus der Krise geführt werden könne.

Van Middelaar hielt dagegen, eine politische Union könne wohl ein Ziel an sich sein, sich aber durchaus auch als logische Konsequenz aus der Währungs- und Fiskalunion ergeben. Mancherorts sind, so der Redenschreiber van Rompuys, Zweifel an den lauterer Absichten Deutsch-

lands geäußert worden – ob der Vorstoß ernst gemeint oder vielmehr ein Ablenkungsmanöver sei, weil Berlin womöglich darauf setze, dass Paris jede Souveränitätseinkauf ablehne.

## Vertrauenskrise

Einigkeit bestand weitgehend darüber, dass die gegenwärtige Krise auch eine Vertrauenskrise und damit eine politische Herausforderung sei: So wie die „Märkte“ den Schuldnern (Banken sowie Staaten) sowie dem Krisenmanagement der Regierungen misstrauten, so misstrauten die Bürger der politischen

Klasse, die sie leichtfertig in die Krise geführt habe, und zweifelten an deren Fähigkeit, die Krise zu meistern. Umgekehrt misstrauten aber auch die Politiker den Bürgern, was sich in der Furcht vor Sanktionen bei Wahlen und Referenden zeige. Dahrt gelte es, das Vertrauen in der EU und den Mitgliedstaaten wiederherzustellen.

Larry Siedentop, emeritierter Professor der Universität Oxford, betonte, es gebe durchaus einen Unterschied zwischen einem demokratischen Defizit, das Teil jeder repräsentativen Demokratie sei, und mangelnder demokratischer Legitimität, d. h. einem fehlenden Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit der Politik, Probleme zu lösen.

Gastgeber Robert Mundell sowie Charles Maier von der Universität Harvard verwiesen die Rechtfertigung der europäischen Einigung als Friedensprojekt in das Reich der Mythen: Nicht die EG und EU, sondern die Nato habe den Frieden in Europa gesichert und sei eine *conditio sine qua non* dafür gewesen.

Jacek Zakowski stellte fest, dass die Bürger Europas heute andere Erwartungen an die EU stellen als noch vor zwanzig Jahren. Der Ansatz von oben, Europa als „Elitenprojekt“, sei gescheitert: „Wir müssen wieder zur Demokratie zurückkehren“, wobei der Mitarbeiter der „Gazeta Wyborcza“ die rhetorische Frage aufwarf, ob „wir eigennützige Interessen oder europäische Werte anstreben“.

Ein Versagen in der Krise hätte jedoch nicht nur Folgen für Europas innere Verfassung, sondern auch eine nicht zu unterschätzende Außenwirkung. So warnte Christopher Coker von der London School of Economics (LSE) auf die Gefahren einer fortwährenden Nabelschau: Von der Bewältigung der Schuldenkrise werde nicht nur die Zukunft der Eurostaaten, sondern der ganzen EU abhängen. Europa sei nicht allein, sondern Teil eines sich rapide verändernden internationalen Umfeldes – nicht in einem multilateralen, sondern multipolaren Zeitalter. Dies sollte zusätzlicher Ansporn sein für Europa, seine Probleme entschlossen anzugehen.

# und die Eurozone wieder flottmachen

funktionierende Währungs- und Fiskalunion

tätsprinzip, Eigenverantwortung und Demokratie erstere Lösung favorisiert. Der Ausbruch der Euroschuldenkrise habe aber die Optionen reduziert. Andererseits erscheint Mundell eine weitreichende Übertragung von Souveränitätsrechten an Brüssel derzeit genauso wenig vorstellbar. Daher plädiert er für einen „Mittelweg“: Der Euro sei unmittelbar nach seiner Einführung zur wichtigsten Weltwährung nach dem Dollar geworden, sein volles Potenzial habe er jedoch nicht ausschöpfen können, weil es keine gemeinsamen Eurobonds gäbe. Eine Konsolidierung der nationalen Schulden der 17 Eurostaaten in Eurozonen-Schulden würde den Fortbestand der Eurozone in ihrer ge-

genwärtigen Zusammensetzung erlauben. Eine solche Schuldenkonsolidierung sei jedoch keine gute Lösung, wenn es nicht mit einer Begrenzung künftiger Schulden durch Einzelstaaten einhergehe. Erforderlich sei ein besseres System der Defizitkontrolle. Im Gegenzug für die Rettung schwacher Eurostaaten müssten letztere die Kontrolle über ihre Ausgaben und Einnahmen abgeben. Die Souveränität darüber sollte zwischen Zentralmacht und Einzelstaaten geteilt werden. Erstere könne einen Gesamtausgabenrahmen festlegen, während Letztere über die Zusammensetzung des Budgets bestimmten.

Darüber hinaus würde die Umwandlung nationaler Schulden in

eine gemeinsame öffentliche Schuld der Euroländer (in Form von Eurobonds) einen bedeutenden Stabilitätsgewinn für den Euro bringen.

Abschließend konstatiert Mundell, dass die Währungsunion zwar erfolgreich den Geldwert erhalten habe, doch bei den Schulden versagt habe. Explizit gibt Mundell der These der deutschen Kanzlerin Angela Merkel Recht, dass eine Fiskalunion nicht nur gemeinsame Schuldenhaftung, sondern auch gemeinsame Verantwortung und Kontrolle über die nationalen Haushalte erfordere. So wie die EZB das Monopol für die Ausgabe von Banknoten habe, müsse eine „europäische Fiskalautorität“ das Monopol für die Ausgabe von Eurobonds besitzen. (wl)

## LEITARTIKEL

# Angst vor der Courage

In Luxemburg wurde zweifelsohne noch nie so viel gebaut wie zum jetzigen Zeitpunkt. Dennoch ist Wohnraum weiterhin knapp – und der Bedarf hoch. Die logische und daher unvermeidliche Konsequenz des aktuellen Ist-Zustands des Immobilienmarktes sind übertrieben hohe und zum Teil noch immer weiter steigende Preise.

Für viele Bürger des Landes – Luxemburger und Nicht-Luxemburger – ist diese Entwicklung eine Katastrophe. Der Traum vom Eigenheim rückt in weite Ferne, die weit verbreitete und über lange Jahre wahre Geschichte von der eigenen Immobilie als „Spardose“ wird allmählich zum Märchen. Nur mehr eine kleine Minderheit Wohnraumsuchender wird künftig noch in der Lage sein, sich ein Eigenheim leisten zu können.

In seiner Ratlosigkeit blickt der Bürger auf die Politik und erwartet, dass diese es richtet. Doch auch die politisch Verantwortlichen haben der Immobilienpreisentwicklung in der Praxis – im Gegensatz zu den in unzähligen Sonntagsreden getätigten Versprechen – nur wenig entgegenzusetzen. Die Preise werden schlicht und einfach durch Angebot und Nachfrage bestimmt, entsprechend schwierig ist es für den Staat (und die Gemeinden), Einfluss auf die freie (Immobilien-)Marktwirtschaft zu nehmen.

Da der ratlose, ja, fast schon verzweifelte, wohnraumsuchende Bürger aber Taten sehen will, haben sich drei Gemeinden jüngst auf ein seit vier Jahren im „Pactement“ festgeschriebenes Instrument besonnen, das Spekulationen mit leer stehenden Gebäuden oder Wohnungen beziehungsweise brach liegenden Baugrundstücken künftig Einhalt gebieten soll: Eine Taxe soll's jetzt richten!

In Beckerich wird diese 500 Euro pro Jahr und leer stehende Wohneinheit betragen, in Esch/Alzette soll die Taxe für leer stehende Wohnungen gestaffelt werden (im ersten Jahr 150 Euro pro laufenden Meter Fassade, im zweiten Jahr 200 und im dritten Jahr



„Nicht auf Kosten der Kinder und Enkel!“

CLAUDE FEYEREISEN

300 Euro), wer ein Baugrundstück nicht nutzt, muss zunächst 15 Euro pro Quadratmeter zahlen, im zweiten Jahr 30 und im dritten Jahr 50 Euro. Die Stadt Luxemburg will sich an den Taxen der Stadt Esch orientieren, dabei aber das „règlement-type“, das derzeit vom Innenministerium ausgearbeitet wird, berücksichtigen.

Allerdings ist die Höhe der jeweiligen Gebühr im Vergleich zum Wert der Immobilie oder des Baugrundstücks derart gering, dass das Adjektiv „lächerlich“ zutreffend ist und somit auch das gesamte Taxenvorhaben zutreffend charakterisiert. Ein ähnliches Problem stellt sich übrigens auch bei der Grundsteuer.

Die Grundidee, leer stehende Häuser und Wohnungen sowie brachliegende Baugrundstücke mit Gebühren zu belegen und die Eigentümer so dazu zu ermutigen, ihren Besitz entweder zu nutzen oder – noch besser – zwecks allgemeiner Senkung der Immobilienpreise zu veräußern, ist an sich eine durchaus lobenswerte. Soll das Vorhaben jedoch fruchten, müssen die Taxen hoch (genug) sein! In diesem Punkt hat man wohl wieder Angst vor der eigenen Courage.

Und man sollte tunlichst darauf achten, dass ausschließlich private und professionelle Bauland- und Immobilienspekulanten (Promotoren) die Taxe zu entrichten haben! Und nicht etwa – wie es möglicherweise bald in Esch/Alzette nach einer Reservierungsfrist von zwei Jahren der Fall sein wird – Familien, die ihre meist in mühevoller Kleinarbeit zusammengesparten Besitztümer für ihre Kinder und Enkel behalten und diesen so den beschwerlichen Weg zum Eigenheim ebnen wollen.

■ [claudio.feyereisen@wort.lu](mailto:claudio.feyereisen@wort.lu)

## DER KOMMENTAR

# Amerikanische Schwarzmalerei?

Nach dem Warnschuss vom Montag an Luxemburg, Deutschland und die Niederlande hat die Ratingagentur Moody's nun auch den Ausblick für den Euro-Rettungsschirm EFSF gesenkt. Das bedeutet nicht, dass sich die Krise von heute auf morgen verschärft hat oder verschärfen wird. Standard & Poor's hatte bereits im Dezember Deutschlands Kreditrating mit einem negativen Ausblick versehen, und doch ist das Land bei Anlegern immer noch als sicherer Hafen gefragt. Dennoch ist es falsch, Moody's Entscheidung als reine Schwarzmalerei abzutun. Es gehört nicht zu den Aufgaben einer Ratingagentur, an die Lösung einer Krise zu glauben oder nicht, son-

dern vielmehr Fundamentaldaten zu analysieren. Und die sind in der Euro-Zone nicht so, wie sie sein sollten. Luxemburgs Schuldenlast nimmt zu und Deutschlands Bankensystem ist „verwundbar“, da die Kreditinstitute erhebliche Positionen an spanischen und italienischen Anleihen halten. Parallel würde ein Austritt Griechenlands aus dem Euroraum beide Länder stark treffen. Moody's macht darauf aufmerksam, nicht mehr und nicht weniger. Die Frage, ob die Ratingagentur dabei amerikanische Interessen verfolgt oder nicht, ist zweitrangig. Europa hat in der Krisenbewältigung sicherlich Fortschritte gemacht, es besteht aber immer noch Reformbedarf. SANJA SIMIC